

Rede von

Dr. Wolfgang Gerhardt, MdB,

Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion
auf dem 53. Ordentlichen Bundesparteitag
am 11. Mai 2002

Deutschland:

Ein selbstbewußter und verlässlicher Partner

Außenpolitik ist keine Reiseberichterstattung. Außenpolitik ist auch keine Angelegenheit allein für politikwissenschaftliche Seminare. Sie erschöpft sich auch nicht in Bilderfolgen von Konferenzen und bedeutsam blickenden Staatsmännern. Außenpolitik geht uns alle an. Außenpolitik entscheidet über die Zukunft unserer Sicherheit und unserer Freiheit.

Als Land mit den meisten Nachbarn in Europa liegt die europäische Integration und die Erweiterung der Europäischen Union in unserem ureigenen deutschen Interesse. Sie ist die entscheidende Zukunftsinvestition für Beschäftigung, soziale und demokratische Stabilität.

Als zweitgrößte Handelsnation der Welt sind freier Welthandel, Absatzmärkte und günstigen Investitionsbedingungen für uns unverzichtbar. Fast jeder dritte Arbeitsplatz in Deutschland hängt davon ab.

Nach den Erfahrungen des Kalten Krieges hat Deutschland wie kein anderes Land ein Interesse an einer verlässlichen Sicherheitspartnerschaft mit unseren Verbündeten. Wir dürfen dabei aber nicht nur Sicherheit von und durch andere erwarten. Wir müssen einen eigenen Beitrag dazu im Bündnis mit anderen leisten.

An der internationalen Bekämpfung des Terrorismus führt kein Weg vorbei. Internationalen Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel fordern uns heraus. Umweltprobleme nehmen auf die Grenzen unseres Landes sehr wenig Rücksicht und sind nur grenzüberschreitend zu lösen.

Die übliche Globalisierungsangst lenkt deshalb von den wirklichen Tatsachen ab. Die Globalisierung, die viele auch in Europa für Armut und Konflikte verantwortlich machen, ist eine Chance und kein Schicksal. Diejenigen, die sich ihr verschließen, die sich abschotten, sorgen für keinen sozialen Ausgleich und verlieren an Wettbewerbsfähigkeit. Unter den unfreiesten Wirtschaften sind die größten Menschenrechtsverletzer. Sie mißregieren ihre Wirtschaft ohne Ende und vernichten damit soziale Chancen. Andere schließen aus Gründen eigenen Machterhaltes ihre Bürgerinnen und Bürger von der Chance auf Teilhabe aus. "Nicht weltweit um sich greifende Marktwirtschaft, sondern Mangel an Markt und freiem Handel korreliert mit Mangel an Freiheit und ist die Ursache für die Probleme vieler Länder." Viele die in Europa einfache Rezepte gegen Internationalität vortragen, versündigen sich an den Lebenschancen der Menschen.

Werteorientierte Außenpolitik ist deshalb auch kein Gegensatz zu interessen geleiteter Außenpolitik. Ohne Menschenrechte und Demokratie weltweit und ohne Chancen für Menschen überall auf der Welt werden wir Deutsche auf unserer kleinen Stabilitätsinsel nicht überleben.

Es ist überall in Europa Mode geworden, auf Brüssel zu schimpfen. Wir sollten uns alle wieder einmal daran erinnern, daß bei allen Veränderungsnotwendigkeiten in einer Europäischen Union der Butterberge, der Milchseen und der Schlachtpremien, der Finanzierung, der Kompetenzabgrenzungen, der Weg nach Europa uns die längste Friedensperiode auf diesem Kontinent seit Menschengedenken geschenkt hat.

Leider scheint auch die Bundesregierung zu der Ansicht gekommen zu sein, daß sich innerpolitisch aus europa-kritischen Tönen und Aktionen Profit schlagen läßt, um von den eigenen Versäumnissen abzulenken. Das kraftmeierische Vorgehen gegen den berühmten „Blauen Brief“ hat nicht nur für Verstimmung bei der Kommission gesorgt, sondern vor allem dem Image Deutschlands geschadet. Wer die Stabilitätsorientierung

der Gemeinschaft aufgibt, zerstört das Vertrauen in die Währungsunion und in den Euro. Das schadet unseren Interessen.

Es ist auch bedauerlich, daß die Bundesregierung in Brüssel daran erinnert werden muß, daß Wettbewerb zu einer Marktwirtschaft gehört. Auch wenn Bundeskanzler Schröder dies nicht nur beim Thema Autohandel nicht paßt, nicht beim Volkswagengesetz und wie er es nennt, bei der Industriepolitik. Am deutschen Wesen des Korporatismus will aber die Welt nicht genesen. Und die Beschäftigungszahlen in anderen Ländern zeigen, daß andere so falsch nicht liegen.

Gerade Deutschland braucht eine entschiedene Öffnung der Märkte. Wieso soll es zum Beispiel nicht endlich möglich sein, daß wir uns selbst unsere Gasanbieter aussuchen, genauso wie dies beim Telefonieren schon heute möglich ist. Dies wurde auf dem Gipfel in Porto bereits beschlossen, aber in diesem Jahr auf dem Gipfel in Barcelona wieder einmal nicht umgesetzt.

Gerade Deutschland muß doch ein Interesse an einer ehrlichen und zukunftsfähigen Finanzierung Europas haben. Unsere Landwirte wissen das, die Landwirte in den neuen Beitrittsländern wissen das auch. Der Gipfel von Berlin hat dies leider nicht geleistet, auch wenn uns das nachher so verkauft wurde.

Gerade Deutschland muß doch ein Interesse an einer ehrlichen und zukunftsfähigen Finanzierung Europas haben. Unsere Landwirte wissen das, die Landwirte in den neuen Beitrittsländern wissen das auch. Der Gipfel von Berlin hat dies leider nicht geleistet, auch wenn uns das nachher so verkauft wurde.

Political Correctness als Europapolitische Haltung reicht nicht aus. Wir müssen ambitionierte Europapolitik machen und antieuropäischen Populisten die Argumente antziehen. Europa braucht dringend mehr Transparenz, klaren Entscheidungsabläufe, kleinere Gipfel und eine ehrliche und offene Zuordnung von Verantwortungen. All dies wurde auf dem Gipfel von Nizza leider nicht erreicht. Wir brauchen ein europäisches Parlament , das den Namen Parlament auch wirklich verdient. Es muß volle Mitentscheidungsrechte haben, die Hoheit über den Haushalt bekommen und den Kommissionspräsidenten selbst wählen und nicht nur abnicken. Im Zuge der Stärkung des

Europäischen Parlaments brauchen wir auch wirkliche europäische Parteien. Ich bin froh, daß die Europäischen Liberalen mit Werner Hoyer als Präsidenten daran arbeiten. Vor uns liegt die liberale dänische Präsidentschaft mit unserem Freund, Anders Fogh Rasmussen, und mit uns ist der Präsident des Europäischen Parlaments unserem Freund, Pat Cox.

Europapolitik kann nur überzeugen, wenn überzeugend gehandelt wird. Europa kommt nur voran, wenn ehrlich und aufrichtig die Ergebnisse von Politik dargestellt werden. Bedenken gegen Europa entstehen, wenn ständig das nicht Erreichte trotzdem als großer Erfolg verkauft wird. Wenn wir Europa gemeinsam mit unseren Bürgern aufbauen wollen, müssen wir den Bürgern reinen Wein einschenken. Über Erfolge genauso wie über Mißerfolge, über Chancen genauso wie über Risiken. Wir müssen nichts verdrängen, denn die Chancen überwiegen die Risiken bei weitem.

Wir wollen, daß so viele Beitrittskandidaten wie möglich 2004 an der Europawahl teilnehmen können. Europa hat sich mit den Kopenhagener Kriterien auf einen klaren Maßstab festgelegt. Dieser gilt. Wer die Kriterien erfüllt und die Verhandlungen über die Kapitel abgeschlossen hat, ist dabei und uns willkommen.

Die Osterweiterung der EU ist die große Zukunftsinvestition für Deutschland. Wir leugnen damit nicht die Risiken und Schwierigkeiten. Nicht die Erweiterung, sondern die in Deutschland unterlassenen Reformen verhindern optimale Chancen.

Nicht defensive Übergangsfristen machen uns zukunftsfähig, sondern nur eine neue Reformoffensive für mehr Marktwirtschaft in Deutschland.

Die Erfahrungen auf dem Balkan haben jedem klar gemacht: Wir brauchen nicht weniger, wir brauchen mehr Europa in der Außenpolitik, der Sicherheitspolitik und der Entwicklungspolitik. Die gemeinsame Außenpolitik darf nicht nur auf dem Papier stehen. Wir brauchen Europa, ob bei der Außenpolitik, der Verteidigungspolitik oder der Entwicklungspolitik. Nur wenn Europa mit einer Stimme auftritt, wird Europa auch endlich ernst genommen. Das heißt aber auch, daß Außen- und Europapolitik zusammengehören. Die Europapolitik der Bundesregierung läuft nicht wegen zuwenig Schröder schief, sondern wegen zuviel Schröder.

Außenpolitik und Entwicklungspolitik sind zwei Seiten der selben Medaille. Wenn wir es ernst meinen mit „good governance“ in der Entwicklungspolitik, müssen wir sie auch vormachen. Wir müssen endlich die Doppelstruktur von BMZ und AA zusammenlegen zu einem handlungsfähigen Ministerium.

Europa darf nicht weiterhin vollkommen unkoordiniert mit den Ländern der sogenannten Dritten Welt zusammenarbeiten und dabei auch noch in Konkurrenz miteinander treten. Anstatt uns in den afrikanischen Partnerländern gegenseitig entwicklungspolitisch auf den Füßen herumzut trampeln, sollten wir in Afrika endlich eine europäische Entwicklungspolitik aus einem Guß durchführen. Trotz aller Rückschläge: Afrika bleibt ein Kontinent mit Zukunft. Und wir Europäer stehen in der Pflicht, unseren afrikanischen Nachbarn dabei zu helfen, die Zukunft zu gestalten. Die beste Entwicklungspolitik ist freier Handel. Es kostet uns wenig, für manche Produkte den europäischen Markt zu öffnen. Für viele Länder ist es bedeutend mehr als gezahlte Armutshilfe. Im übrigen : statt in einigen Ländern Afrikas Botschaften zu schließen, sollten gemeinsame Botschaften der EU eingerichtet werden.

Lateinamerika will sich enger an Europa binden. Der regionale Verbund MERCOSUR wurde nach dem Erfolgsmodell der Europäischen Union modelliert. Viele Lateinamerikaner wollen sich von dem großen Bruder im Norden emanzipieren und suchen die Nähe zu Europa. Deshalb ist es dringend an der Zeit, daß das Abkommen zwischen der EU und MERCOSUR umgesetzt wird und die Europäische Union endlich die noch verbleibenden Handelsrestriktionen für lateinamerikanische Produkte beseitigt. Eine twin-Partnerschaft Südamerikas mit Nordamerika und Europa ist die erfolgsversprechende Chance für alle.

Der asiatische Wirtschaftsraum ist einer der größten Märkte der Zukunft. Hier liegt eine große Chance für die gemeinsame europäische Außenhandelspolitik. Aber auch in asiatischen Krisenregionen sollte Europa stärker präsent sein. Wir brauchen dringend eine gemeinsame europäische Strategie zur Stabilisierung der zentralasiatischen Krisenregion rund um Afghanistan. Unser politisches Ziel eines ständigen Sitzes für die Europäische Union im Sicherheitsrat ist die eine Sache. Aber die UNO besteht aus mehr als nur dem Sicherheitsrat. Es ist dringend an der Zeit, daß die Europäer in den vielen UNO-Organisationen und Sonderorganisationen und in den wichtigen Ausschüssen der

Generalversammlung mit einer Stimme sprechen. Das wird von Europa erwartet. Diesen Erwartungen müssen wir endlich gerecht werden.

Die neuen globalen Sicherheitsrisiken erfordern strategisches Umdenken und eine weitere Stärkung der Allianz. Die NATO ist und bleibt das erfolgreichste sicherheitspolitische Bündnis der Weltgeschichte. Neben den USA und in einigem Umfang Rußland ist die NATO der einzige handlungsfähige Akteur mit logistischer Fähigkeit, Kommandostruktur und operativen Kapazitäten, um den sich abzeichnenden neuen potentiellen Konfliktherden wirkungsvoll zu begegnen.

Es ist gut und richtig, daß Rußland stärker in die NATO eingebunden und damit die Perspektive eines Sicherheitsraumes von Vancouver bis Wladiwostok ein Stück weit realistischer wird. Es kann bei der NATO-Erweiterung nur um Sicherheit mit Rußland gehen. Sensibilitäten und Ängste vor Rußland dürfen ebenso wenig Beitrittskriterium werden, wie russische Sensibilitäten und Ängste die Erweiterung behindern dürfen. Nach Auffassung der Freien Demokraten entscheiden die Baltischen Staaten deshalb selbst über die Sicherheit und das dazu gewünschte Bündnis und nicht andere für sie.

Deutsche Soldaten sind hoch angesehen. Die Politik von Rudolf Scharping macht aber die Deutsche Bundeswehr technisch zu einem Militärmuseum. Für jeden internationalen Einsatz der vergangenen Jahre mußte an anderer Stelle Material ausgeborgt werden, viele Soldaten können schon lange nicht mehr ausreichend trainieren, weil ihr Gerät verliehen oder zu alt ist. Der Irrflug der Bundeswehr auf ihrem Weg nach Afghanistan war beschämend. Deutschland braucht dringend wieder eine gut ausgebildete und modern ausgestattete Bundeswehr. Wir brauchen eine grundlegende Reform der Bundeswehr, und wir müssen die Wehrpflichtarmee durch eine gut ausgebildete Berufsarmee mit angemessener Bezahlung und angemessenem Gerät umwandeln.

Wenn Europa als transatlantischer Bündnispartner von den Amerikanern ernst genommen werden will, muß es endlich auch eigene Kapazitäten und Fähigkeiten entwickeln. Die Aufstellung von gemeinsamen europäischen Streitkräftekontingenten bis zum Jahre 2004 ist ein wichtiger erster Schritt, der dringend umgesetzt werden muß.

Die transatlantische Freundschaft zwischen Deutschland und Amerika ist und bleibt unverzichtbarer Baustein deutscher Außenpolitik. Europa und Amerika haben mehr gemeinsame Interessen als jeder allein mit irgend einem Partner in der Welt. Gerade im Zeichen der Globalisierung nicht nur von Handel und Information, sondern auch von Sicherheitsrisiken, ist eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen diesen beiden mit Abstand wichtigsten Akteuren der Weltpolitik unerlässlich. Bislang ist es jedoch nicht gelungen, einen Rahmen zu finden, der den wachsenden transatlantischen Herausforderungen standhält. Die hohen Erwartungen an die „neue transatlantische Agenda“ haben sich noch nicht erfüllt. Die halbjährlichen Gipfeltreffen, politische Konsultationen und auch der sogenannte „Business-Dialog“ sind zwar nützliche Ansätze, ergeben jedoch kein tragfähiges Netzwerk.

Als größtem Land der Europäischen Union und als wichtigster NATO-Partner der USA kommt Deutschland hier eine besondere Verantwortung zu. Bislang hat die Bundesregierung jedoch weder im handelspolitischen noch im Sicherheitspolitischen Bereich Initiativen für eine zukunftsfähige Gestaltung der transatlantischen Beziehungen ergriffen, die sowohl den Interessen der europäischen als auch der nordamerikanischen Partner Rechnung tragen.

Den Europäern fehlt es nicht an internationalem Potential. Es fehlt ihnen oft an strategischer Orientierung, an einem Schuß weltpolitischen Kalküls, das unsere amerikanischen Freunde in überreichem Maße haben. Wir Europäer vertreten dabei aus unseren geschichtlichen Erfahrungen bei gleichen Werten in eigenen Fragen andere Bewertungen als die Vereinigten Staaten. Wir ziehen die multinationale Lösungen vor. Wir betrachten internationale Gerichtshöfe, internationale Vereinbarungen nicht als Beeinträchtigung unserer nationalen Interessen. Im Gegenteil, und deshalb ist Kritik an der Haltung der Vereinigten Staaten in diesen Fragen keine Absage an Freundschaft, sondern Ausdruck einer anderen Haltung.

Vor einigen Jahren erschien es noch komplett unrealistisch, daß Slobodan Milosevic sich eines Tages vor einem internationalen Gericht für seine Verbrechen rechtfertigen müßte. Nun sehen wir ihn beinahe täglich in Den Haag. Es ist ein großer Schritt für die internationale Wertegemeinschaft, daß in diesem Jahr der 60ste Staat seine Ratifizierung für den Internationalen Strafgerichtshof bei den Vereinten Nationen hinterlegt hat. Es ist

und bleibt nach unserer Überzeugung ein politischer Fehler, daß die Vereinigten Staaten dabei abseits stehen.

Der Irak wird von einem menschenverachtenden Regime regiert, daran besteht für uns kein Zweifel. Saddam Hussein hat bereits Massenvernichtungswaffen gegen seine Bürger und im ersten Golfkrieg eingesetzt, und besitzt und entwickelt nach allen Berichten auch heute derartige abscheuliche Waffen. Als ersten Schritt müssen die Inspektoren der Vereinten Nationen unverzüglich wieder in den Irak reisen können. Das ist ganz klar für uns, ebenso klar für uns Freie Demokraten ist aber, daß die Vereinten Nationen der Ort sein müssen, wo internationale Konfliktlösungen besprochen und nachher auch durchgesetzt werden müssen. Es schadet nicht, unsere amerikanischen Freunde manchmal darauf hinzuweisen, daß die Vereinten Nationen gestärkt werden müssen, damit sie handlungsfähig sind. Die Vereinten Nationen haben mehr Massenvernichtungswaffen im Irak zerstört als durch militärische Maßnahmen erreicht wurden. Man kann nicht die Vereinten Nationen als zahnlosen Tiger belächeln, wenn man ihm selbst die Zähne zieht. Und im übrigen auch nicht den Beistand der NATO zu Recht einfordern und sie dann als Leasing-Firma nutzen. Wir sind ein Bündnis und auch eine Supermacht braucht Partner.

Wie würden wir in Deutschland reagieren, wenn Tag für Tag unschuldige Bürgerinnen und Bürger, Kinder und Jugendliche auf Parkbänken, in Schulbussen, auf Marktplätzen, in Discotheken, von heimtückischen Terroristen in den Tod gerissen werden würden? Wohl nicht viel anders als die Bürger Israels. Um es deshalb zuallererst und ganz klar zu sagen: Kein Widerstandsrecht der Welt legitimiert jemanden, Selbstmörder zu rekrutieren, sie zu menschlichen Waffen zu machen und Unschuldige mit in den Tod zu reißen. Die Führung der Palästinenser muß wissen: Terror ist zu unterlassen, Drahtzieher und Terroristen gehören vor Gericht und dann eingesperrt.

Israels Regierung macht es den Freunden Israels aber auch verdammt schwer: Seine Siedlungspolitik hat den Oslo-Prozeß blockiert. Seine Panzer Häuser niedermachen zu sehen, schockiert uns. Seine militärischen Maßnahmen in Gebieten, in denen es im wahrsten Sinne des Wortes nichts zu suchen hat, halten wir für falsch. Mögliche Schuldige, aber eben auch viele Unbeteiligte gleichermaßen zu treffen und leiden zu sehen, will uns nicht überzeugen, und die Fernsehbilder zuletzt aus dem Flüchtlingslager

Dschenin wählen uns auf. Daß eine Untersuchungskommission nicht gewünscht wird, verstehen wir überhaupt nicht. Eine Demokratie sollte nichts zu verbergen haben.

Israel hat das Recht auf Selbstverteidigung, aber die Palästinenser haben eben auch das Recht, in einem eigenen Staatsverband zu leben, der nicht löchrig ist wie ein Schweizer Käse. Deshalb müssen nicht nur Israels Panzer zurück, sondern auch der weitaus größte Teil seiner Siedlungen. Kritik an der israelischen Regierung ist keine Kritik am israelischen Volk. Und wer darauf hinweist, ist nicht antisemitisch, und er leistet auch keinem Antisemitismus Vorschub.

Bei uns Liberalen findet allerdings auch niemand eine politische Heimat für antiisraelische Politik. Wenn jemand das vermutet, dann irrt er sich gewaltig. Deshalb ist es wichtig, sich in der Wortwahl und der Sprache präzise auszudrücken, Disziplin zu üben und genau hinzusehen und genau zu beschreiben und Mißverständnisse zu vermeiden.

Das Existenzrecht Israels ist für die Völkergemeinschaft, und besonders für uns Deutsche unantastbar. Diese Verpflichtung gehört wie das Transatlantische Bündnis, die deutsch-französische Freundschaft und die europäische Einbettung deutscher Politik zu einem Stück Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Die FDP hat diese Politik immer mitgestaltet und getragen. Dabei bleibt es auch. Diese Politik hat sich im übrigen nie gegen das verständliche Recht des palästinensischen Volkes gerichtet, in einem eigenen gesicherten Staatsverband zu leben.

Es fehlt nicht an Ideenpapieren und Plänen zur Beilegung des Nahost-Konfliktes, es mangelt vor allem am Mut zum ersten Schritt. Die Geschichte des Nahost-Konfliktes kennt diesen Mut. Anwar Al-Sadat und Yitzhak Rabin haben diesen Mut aufgebracht. Sie haben in ihren jeweiligen Gesellschaften Tabus gebrochen, ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern etwas zugemutet und ihren Völkern etwas abverlangt. Weder der gegenwärtige israelische Ministerpräsident, noch der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde tun das. Sie hätten es aber tun müssen und tun können.

Arafat darf nicht glauben, mit Terror mehr zu erhalten und Scharon irrt sich, wenn er davon überzeugt ist, mit Panzern weniger geben zu müssen. Zuallererst ist der Ausstieg

aus der Logik der Gewalt notwendig. Dabei stehen aber auch die arabischen Nachbarn der Konfliktparteien in besonderer Verantwortung.

Wir wissen, daß diese beiden Gesellschaften, die beiden Völker wahrscheinlich aus eigener Kraft, auch wenn sie das Ziel kennen, die nächste Wegstrecke nicht so verabreden können, daß eine entsprechende Vereinbarung hält und trägt. Deshalb muß internationale Bewegung aufgebaut werden und am Ende eines solchen Prozesses und einer solchen Lösung eine internationale Sicherheitsgarantie stehen. Das Madrider Treffen zwischen UN, Rußland, EU und den USA war ein guter Ansatz. Nur wenn Europa und die USA an einem Strang ziehen, werden sie etwas bewirken.

Es geht im übrigen nicht nur um einen israelisch-palästinensischen Konflikt, es geht um die gesamte Region. Die ganze Region muß sich zwischen Regierungen und Gesellschaften verständigen. Die FDP wurde übrigens eher belächelt, als wir den Antrag stellten, so etwas wie eine Konferenz zu Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten einzurichten. Schröder und Fischer haben von der Regierungsbank genauso gelächelt, wie das die frühere Oppositionspartei CDU/CSU gemacht hat, als Hans-Dietrich Genscher das Gleiche für Europa vorgeschlagen hat. In Europa hat man geglaubt, Helsinki könne nichts werden. Das war die alte bipolare Welt, in der sich die beiden Seiten in unterschiedlichen Systemen waffenstarr gegenüber standen. Es gibt keine Alternative zu Verhandlungen, um zu einer tragfähigen Konfliktlösung zu kommen. Übrigens haben nun erfreulicherweise auch die USA eine solche Konferenz vorgeschlagen.

Es muß über die Wasserrechte gesprochen und über die ökonomischen Zukunftschancen verhandelt werden. Es muß Transparenz in die militärischen Kapazitäten in dieser Region kommen. Vertrauensbildung nur zwischen Israel und Palästina reicht nicht aus. Diese Region muß jetzt wissen, wo ihr Platz in der Zukunft ist. Den wird sie nicht behalten, wenn sie den Konflikt aus ihren gesellschaftlichen Schichten schürt, wenn die Staatsmänner dieser Ebene nicht die Kraft haben, ihren Völkern zu sagen, daß die extremen Gruppen jetzt zurückgedrängt werden müssen.

Um es auf den Kern zurückzuführen; Wenn der israelische Ministerpräsident nicht die Kraft hat, der rechten Seite Einhalt zu gebieten, wird der Friedensprozeß in einer Gesellschaft schwieriger. Wenn Arafat nicht die Chance und nicht die Kraft hat, seinen

Extremen Einhalt zu gebieten und es ihnen auch zu sagen, und zwar in der palästinensischen Sprache und nicht in Englisch, dann wird das nichts werden. Auch der beste Vorschlag des saudi-arabischen Kronprinzen nützt nichts, wenn die nationalen Führungseliten der arabischen Staaten ihre Gesellschaften nicht endlich hinter solche Vorschläge bringen.

Deutschland muß in seiner Außenpolitik zwei Fehler vermeiden. Es sollte sich nicht kleiner machen als es ist, aber auch nicht größer. Es gilt, Bescheidenheit mit Selbstvertrauen zu verbinden und in Zusammenarbeit mit Partnern, die die gleiche Wertschätzung für Werte haben, auf dieser Welt darauf hinzuarbeiten, daß Zustände struktureller Stabilität entstehen, Prinzipien des "good governance" beachtet werden und Konflikte ohne organisierte Gewalt zu bewältigen sind. Die Prinzipien, die unser verfassungsgebundenes innerstaatliches Handeln bestimmen und binden, sollten auch für unser internationales Handeln gelten.

Der große Erfolg der Außenpolitik Walter Scheels, Hans-Dietrich Genschers und Klaus Kinkel lag in der Fähigkeit, die eigenen Interessen mit den Interessen anderer in Einklang zu bringen und sie gemeinsam zu vertreten. Wir Freie Demokraten haben die Westbindung Deutschlands entschieden vorangebracht, wir Freie Demokraten haben die Verträge mit unseren Mittel- und Osteuropäischen Nachbarn vorbereitet. Wir Freie Demokraten haben die Einigung Deutschlands und Europas mitgestaltet. Wir sind die Partei der europäischen Einbettung Deutschlands, seiner internationalen Orientierung, das ist das Beste, was wir für Deutschland tun können.

Diese Politik wollen wir fortsetzen. Dafür bitten wir um ein Mandat der Wählerinnen und Wähler am 22. September.